

BDZV · Postfach 58 05 61 · 10414 Berlin

Herrn
Dr. Carsten Sieling, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

vorab per Fax: 030/ 227 76 212

06.10.2010

Mangelnde Transparenz in den Wertpapiermärkten

Sehr geehrter Herr Dr. Sieling,

mit Sorge haben die Zeitungen in Deutschland zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Anlegerschutz durch einen Medienwechsel der sog. Börsenpflichtinformationen von Papier hin zu digitalen Medien in den vergangenen Jahren beschnitten wurde.

Wie auch die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass gerade die Pflichtinformationen in den Zeitungen einen wesentlichen Beitrag zur Transparenz der Wertpapiermärkte leisten. Dennoch wurden in den vergangenen Jahren die Pflichtinformationen für Verbraucher und Anleger in der gedruckten Presse kontinuierlich reduziert.

Mangelnde Transparenz ist einer der Hauptgründe für den Vertrauensverlust, den die Wertpapiermärkte in den vergangenen Jahren zu verzeichnen hatten. Es erscheint daher aus unserer Sicht dringend notwendig, die gesetzlichen Maßnahmen der Vergangenheit umzukehren und zu einer sachgerechten Information der Verbraucher und Anleger auch in der Presse zurückzufinden. Zumindest erscheint es notwendig, die Folgen mangelhafter Herstellung von Öffentlichkeit durch den Verzicht von Pflichtinformationen in der gedruckten Presse zu evaluieren. Wir erlauben uns, Ihnen beiliegend einige kurze Argumente zu unserer Position zuzuleiten.

Ganz aktuell besteht Handlungsbedarf, da das Erscheinen der letzten noch bestehenden Pflichtinformationen in der gedruckten Presse lediglich mit einem Moratorium bis zum 31.12.2010 gesichert ist. Mit guten Argumenten war die entsprechende Frist (ursprünglich war der 31.12.2008 gesetzlich vorgesehen) im Jahressteuergesetz 2009 verlängert worden. Die guten Argumente für eine erneute Verlängerung bestehen unverändert fort. Nötig hierzu wäre, die Übergangsfrist erneut zu verlängern.

Wir gehen angesichts der angespannten Situation an den Wertpapiermärkten und des mangelhaften Vertrauens der Verbraucher davon aus, dass die Nachricht über eine weitere Einschränkung der Transparenz ab dem 31.12.2010 in der Öffentlichkeit kritisch betrachtet würde. Insoweit erscheint eine Verlängerung der Übergangsfrist unbedingt sachgerecht.


Wir wären Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Sieling, sehr dankbar, wenn Sie zu diesem Thema angesichts des Zeitdrucks möglichst zeitnah zu einem Gespräch mit uns bereit wären.

Selbstverständlich stehen wir Ihnen und Ihren Mitarbeitern für Rückfragen unter der Rufnummer 030 / 72 62 98 203 gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dietmar Wolff
Hauptgeschäftsführer



Helmut Verdenhalven
Mitglied der Geschäftsleitung

Anlage